Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8587**

17. Wahlperiode 08. 02. 2012

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Thilo Hoppe, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Agnes Brugger, Viola von Cramon-Taubadel, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Juristische Aufarbeitung der Gewalt und politischer Neuanfang für den Jemen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Jemen kommt trotz der Unterzeichnung des vom Golfkooperationsrat (Gulf Cooperation Council – GCC) ausgehandelten Abkommens durch den Präsidenten Ali Abdullah Saleh nicht zur Ruhe. Nach der Unterzeichnung des Abkommens gab es in weiten Teilen des Landes erneut Demonstrationen, Unruhen und Zusammenstöße, bei denen hunderte Menschen getötet wurden. Im Norden halten die Kämpfe zwischen den Houthi-Rebellen und salafistischen Kämpfern an. Besonders in der Stadt Taiz kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen dem Regierungstruppen und Demonstranten. Hier wurden nach Angaben der Vereinten Nationen (United Nations – UN) allein 140 Kinder durch die Armee getötet.

Seit Februar 2011 demonstrieren regelmäßig mehrere hunderttausend Menschen für einen Rücktritt Ali Abdullah Salehs. Auf die Demonstrationen antwortete das Regime zum Teil mit äußerster Brutalität und gezielten Tötungen.

Durch den anhaltenden Druck der Demonstranten unterzeichnete Ali Abdullah Saleh am 23. November 2011 das GCC-Abkommen unter der Vermittlung der Vereinten Nationen. Im Jemen gibt es allerdings weiterhin massive Proteste gegen die in Saudi-Arabien getroffene Abmachung. Denn als Gegenleistung für seinen Rücktritt wird dem Präsidenten, seiner Familie sowie seinen engsten Verbündeten Straffreiheit zugesichert. Angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen im Jemen geht die im Abkommen zugesicherte Immunität für Ali Abdullah Saleh und andere Verantwortliche zu weit. Die Demonstranten wollen Ali Abdullah Saleh daher wegen der Tötung von Teilnehmern der friedlichen Protestaktionen in den vergangenen Monaten vor Gericht stellen.

Am 21. Januar 2012 wurde das umstrittene Abkommen als Gesetz im jemenitischen Parlament verabschiedet, welches Ali Abdullah Saleh und vielen seiner politischen Verbündeten Immunität für politisch motivierte Verbrechen zusichert und es damit unmöglich macht, die Entscheidung rückgängig zu machen. Zehntausende Demonstranten forderten als Reaktion auf die Verabschiedung die Todesstrafe für den Präsidenten.

Nach dem Rücktritt des jemenitischen Präsidenten Ali Abdullah Saleh ist der Oppositionschef Mohammed Basindawa mit der Bildung einer Übergangs-

regierung beauftragt worden. Die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen werden am 21. Februar 2012 den Vizepräsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi zum Präsidenten des Jemen bestimmen. Dieser soll als Präsident ein Verfassungskomitee einsetzen. Über die von diesem Komitee ausgearbeitete Verfassung soll das Volk abstimmen. Im letzten Schritt dieses politischen Prozesses werden dann in zwei Jahren Parlamentswahlen abgehalten.

Ali Abdullah Saleh hat am 22. Januar 2012 den Jemen verlassen, um sich in New York medizinisch behandeln zu lassen. In einer zuvor gehaltenen Fernsehansprache erklärte er, dass er nach Abschluss der Behandlung in den Jemen zurückkehren werde. Auch wenn Ali Abdullah Saleh zusicherte, sein Amt zu räumen, sagte er in seiner Rede, dass er das Amt nur temporär an Abed Rabbo Mansur Hadi abgeben werde. Wenn Ali Abdullah Saleh in den Jemen zurückkehrt, um wieder politisch aktiv zu werden, muss das Abkommen als gescheitert angesehen werden und ist damit eine bittere Farce.

Bei Zusammenstößen von Opposition und Sicherheitskräften des Regimes starben seit Jahresbeginn nach unterschiedlichen Angaben der jemenitischen Opposition bereits über 1 500 Demonstranten. Unter den Toten befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder. Der Jemen wird durch die fortwährende Krise in erheblichem Maße weiter destabilisiert. Dazu kommt ein bisher unbekanntes Erstarken von al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel. Die Organisation schaffte es in den vergangenen Monaten wiederholt, ganze Städte unter ihre Kontrolle zu bringen. Zuletzt besetzte sie die südjemenitische Stadt Radaa und versuchte dadurch, die Freilassung von Häftlingen aus dem US-Gefangenenlager Guantánamo zu erwirken.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Behörden im Jemen zu einer juristischen Aufarbeitung der monatelangen Gewalt im Land aufgefordert. Der Sicherheitsrat fordert, dass alle, die für Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Allerdings nahm der Sicherheitsrat Ali Abdullah Saleh nicht in die Forderung auf.

Der Jemen ist das ärmste arabische Land und steht zurzeit auf Platz 154 des Human Development Index. Der Jemen muss nicht nur die aktuelle politische Situation bewältigen, gleichzeitig droht das Land in eine folgenschwere wirtschaftliche und humanitäre Krise zu stürzen.

Die Arbeitslosenquote stieg im Jahr 2012 zum ersten Mal über die 50-Prozent-Marke, da viele Firmen, ausgelöst durch die schlechte Sicherheitslage, ihre Tätigkeiten eingestellt haben. Es gibt kaum noch Elektrizität und Gas in vielen Städten, zudem steigen die Preise für Lebensmittel. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) warnte bereits im Dezember 2011 vor dem Ausbruch einer humanitären Katastrohe. Seitdem hat sich die Situation weiter verschlechtert.

Das weitere Vorgehen der Bundesregierung mit Blick auf die Krise im Jemen muss sich von folgenden Aspekten leiten lassen:

- Es gibt keine Zukunft für das politische System Ali Abdullah Salehs. Ali Abdullah Saleh darf nicht in das Amt des Präsidenten zurückkehren. Stattdessen müssen er und andere Verantwortliche des Regimes sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof für ihr Handeln verantworten.
- Der politische Neuanfang muss alle politischen und gesellschaftlichen Akteure einschließen, um zu verhindern, dass es zu einem Bürgerkrieg kommt. Die Jugend- und Demokratiebewegung, die Houthi-Rebellen sowie die Sezessionsbewegung des Südens sind dabei als die wichtigsten Akteure zu nennen.

- Die internationale Staatengemeinschaft muss die Menschen im Jemen auf ihrem Weg zur Demokratie mit allen Kräften unterstürzen.
- Saudi-Arabien stellt mit mehreren hundert Millionen US-Dollar das wichtigste bilaterale Geberland für den Jemen dar. Es hat bisher das Unrechtsregime stabilisiert und damit das Engagement, die Wahrung der Menschenrechte und den legitimen Kampf für Freiheit und Demokratie auf der Arabischen Halbinsel und insbesondere im Jemen behindert. Diese gezielte Destabilisierung des Landes muss ein Ende haben.
- Es muss einen strukturellen Neuanfang im Jemen geben. Dabei sind die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenführung von Nord- und Südjemen und die Zusammenführung der gespaltenen Armeebestände von entscheidender Bedeutung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Ali Abdullah Saleh sowie weiteren Mitgliedern seiner Familie und anderen Unterstützern der Familie Saleh klar zu machen, dass sie dauerhaft abtreten müssen, um so den Weg für einen demokratischen Wandel im Jemen freizumachen;
2. sich im UN-Sicherheitsrat verstärkt für gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Konten und Vermögenswerten sowie für Reisebeschränkungen gegen Ali Abdullah Saleh und seine Unterstützer einzusetzen;
3. das sofortige Einfrieren von in Deutschland bestehenden Konten und Vermögenswerten von Ali Abdullah Saleh, seiner Familie und seinen politischen Verbündeten durchzusetzen und darüber hinaus verstärkt auch in der EU darauf hinzuwirken, die weiteren in der EU liegenden Gelder des Regimes schnellstmöglich einzufrieren und Reisebeschränkungen gegenüber Ali Abdullah Saleh und Mitgliedern seines Regimes auszusprechen;
4. eine Nachforschung einzuleiten, um Ali Abdullah Salehs Gelder, die nicht auf seinen Namen geführt werden, einzufrieren und eine Untersuchung der Vermögenswerte von Ali Abdullah Salehs Vertrautem Shaher Abdelhak einzuleiten um festzustellen, ob dieser Ali Abdullah Salehs Gelder nach Europa transportiert hat;
5. sich gemeinsam mit der EU im UN-Sicherheitsrat für einen Beschluss einzusetzen, dass sich Ali Abdullah Saleh und andere Verantwortliche des Regimes vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen;
6. sich für die Umstrukturierung der jemenitischen Sicherheitskräfte und der Armee einzusetzen, um die Armee und die Sicherheitskräfte zu rechtsstaatlich agierenden Trägern des Staates zu machen und um so einen Neuanfang zu forcieren;
7. als vorsitzendes Land in der UN-Arbeitsgruppe „Kinder und bewaffnete Konflikte“ Nachforschungen in Bezug auf den Einsatz von Minderjährigen (Kindersoldaten) in der jemenitischen Armee und bewaffneten Oppositionsgruppen einzuleiten;
8. gegenüber Saudi-Arabien darauf hinzuwirken, die Demokratiebewegung des Jemen nicht weiter zu behindern;
9. hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus im Jemen innerhalb der UN die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts einzufordern und sich insbesondere gegen extralegale Tötungen durch einzelne Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft einzusetzen;

10. die humanitäre Hilfe auszuweiten, um die Ärmsten der Armen zu unterstützten und um den katastrophalen Missständen entgegenzuwirken, die durch die Ausweitung der politischen Krise weiter verstärkt worden sind;
11. einen politischen Neuanfang im Jemen gemeinsam mit der EU zu unterstützen und dabei eine zentrale Rolle zu übernehmen, da sich viele Staaten des Golfkooperationsrates durch ihren Umgang mit Demokratiebewegungen im eigenen Land diskreditiert haben;
12. der Übergangsregierung unter dem Oppositionschef Mohammed Basindawa anzubieten, bei der Organisation von freien und fairen Wahlen unterstützend zur Seite zu stehen.

Berlin, den 7. Februar 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Ali Abdullah Saleh hat zwar das Abkommen des Golfkooperationsrates unterzeichnet und damit seinen Rücktritt zugesichert; es bleibt dennoch abzuwarten, ob es zu einer wirklichen Transformation der politischen Verhältnisse kommen wird. Es kommt weiterhin zu gewaltsamen Zusammenstößen, bei denen bereits mehrere hundert Menschen getötet worden sind, weil die Demonstranten ihre Forderungen durch das Abkommen nicht erfüllt sehen. Die Frustration der Demonstranten wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes durch das jemenitische Parlament am 21. Januar 2012 deutlich verschärft.

Hinzu kommt, dass durch den akuten Wassermangel und die grassierende Armut langfristig eine humanitäre Katastrophe droht.

42 Prozent der Bevölkerung des Jemen leben bereits unterhalb der Armutsgrenze und die Arbeitslosigkeit stieg im Jahr 2011 erstmals über 50 Prozent. Überaus besorgniserregend ist die Versorgungssituation mit Wasser und Nahrungsmitteln. Die Hauptstadt Sanaa wird bereits in wenigen Jahren aufgrund von Wassermangel unbewohnbar sein.

Die Vertreterin des OCHA Catherine Bragg gab am 29. November 2011 nach viertägigem Aufenthalt im Jemen bekannt, dass sich die humanitäre Situation im Land drastisch verschlechtert hat. Der Jemen hat bereits jetzt eine der höchsten Unterernährungsrate der Welt. Das OCHA warnt vor dem Zusammenbruch des Versorgungssystems und einer aufkommenden Gesundheitskrise. Im Süden des Landes sind laut dem Bericht mehrere zehntausend Menschen vertrieben worden, im Norden sind es bereits 300 000 Menschen, die durch die Kämpfe in der Provinz Saada auf der Flucht sind. Viele von ihnen können nicht zurückkehren, da sie Racheakte und Übergriffe befürchten müssen. Für Sofortmaßnahmen werden 174 Mio. US-Dollar benötigt, um Nahrungsmittel und medizinische Hilfe zu finanzieren. Obwohl Ali Abdullah Saleh dem Abkommen des Golfkooperationsrates zugestimmt hat, ist nach Einschätzung des OCHA davon auszugehen, dass sich die humanitäre Situation im Jahr 2012 weiter verschlechtern wird.

Der seit Jahresbeginn anhaltende Aufstand im Jemen hat zusammen mit der dramatischen humanitären Lage im Land eine Situation geschaffen, die sich zu einem flächendeckenden Bürgerkrieg ausweiten könnte, wenn nicht schnell Lösungen gefunden werden.

Im Jemen wurden schwerste Menschenrechtsverbrechen begangen. Ohne Gerechtigkeit kann es aber keinen dauerhaften Frieden geben. Doch gehen durch das GCC-Abkommen Verbrecher wie Ali Abdullah Saleh und seine engsten Vertrauten straflos aus. Wenn die Forderungen der Demonstranten nicht erfüllt werden und niemand zur Rechenschaft gezogen wird, wird es keinen Frieden und keine nachhaltige Stabilität geben.

Das Regime von Ali Abdullah Saleh stützt sich auf ein System basierend auf Korruption und Nepotismus. Es wird nicht eindeutig nachzuweisen sein, wie viel Geld durch den Präsidenten, seine Familienangehörigen und Vertrauten veruntreut wurde. Wichtig ist aber, dass so viel wie möglich von diesem Geld an die Bevölkerung zurückgeführt wird, um so den Aufbau eines neuen Staatssystems zu unterstützen.

Ein Hauptproblem im Jemen ist die Kontrolle des Militärs und des Sicherheitsapparats durch die Familie und enge Verbündete von Ali Abdullah Saleh. Sein Sohn führt die republikanische Garde sowie die Antiterroreinheit an, Ali Abdullah Salehs Neffe kontrolliert die zentralen Sicherheitseinheiten und Ali Abdullah Salehs Bruder die Luftwaffe. Deshalb ist die Restrukturierung des Militärs und der Sicherheitskräfte von äußerster Bedeutung für eine wirkliche Veränderung des Systems und den angestrebten Wandel im Jemen.

Die Durchsetzungsmechanismen des Golfkooperationsratsabkommens sind nicht vollends durchdacht und weisen an wichtigen Stellen entscheidende Lücken auf. Das Abkommen dient lediglich seiner diplomatischen Hauptaufgabe, den Rücktritt von Ali Abdullah Saleh zu implementieren. Es enthält leider keine klare Forderung nach dem Rücktritt von Ali Abdullah Salehs Familienmitgliedern. Auch fehlt die Forderung nach dem Rücktritt von General Ali Mohsen al-Ahmar.

Das GCC-Abkommen richtet sich nur an die offiziellen Parteien und vergisst darüber hinaus die Aktivisten der Jugend- und Demokratiebewegung wie auch deren Forderungen. Auch die Sezessionsbewegung des Südens und die Houthi-Bewegung des Nordes werden nicht durch das Abkommen vertreten, da diese wichtigen Gruppen nicht an den Verhandlungen beteiligt waren.

Zudem sind diese Gruppen nicht Teil der Regierung der nationalen Einheit, da dort nur die parlamentarische Opposition und die Regierungspartei vertreten ist.

Die für den 21. Februar 2012 angesetzten Wahlen sollen den Anfang einer neuen Zeit für den Jemen markieren. Allerdings wird der Neuanfang durch einen fehlerhaften Prozess eingeleitet, da der Vizepräsident Abed Rabbo Mansur Hadi auf keinen Gegenkandidaten treffen wird. Die parlamentarische Opposition und die Regierungspartei haben sich auf Abed Rabbo Mansur Hadi geeinigt, um so eine politische Blockade zu verhindern. Diese Personenwahl wird die Demokratiebewegung nicht zufrieden stimmen.

Es besteht weiter die Gefahr, dass Ali Abdullah Saleh und seine Verbündeten nichts unversucht lassen werden, um die politischen Konflikte hinsichtlich der Wahlen aufrecht zu halten, um so einen endgültigen Rücktritt nach hinten zu verschieben und sicherzustellen, dass politische Verbündete und Familienangehörige wichtige Positionen im Staat erhalten werden. Dies birgt weiterhin Potenzial für eine militärische Eskalation und letztlich für einen Bürgerkrieg, der das Land vollkommen an den Abgrund führen würde.

Auch wenn Ali Abdullah Saleh in die USA gereist ist, bedeutet dies nicht, dass er sich dem Plan des Golfkooperationsrates weiter beugen wird. Bislang hat sich Ali Abdullah Saleh weder aus der Politik herausgehalten noch kam es zu einer Personaländerungen in hohen Positionen der Politik, der Bürokratie und des Militärs. Es besteht daher weiter die Gefahr, dass Ali Abdullah Saleh nach seinem Aufenthalt in den USA nicht nur in den Jemen, sondern auch in die

jemenitische Politik zurückkehrt. Dies würde die angespannte Situation weiter eskalieren lassen. Die Demonstrationen halten an und Menschen werden weiterhin Opfer der Gewalt des Regimes. In der Hauptstadt sind die Demonstranten durch die Armeeeinheit des desertierten Generals Ali Mohsen al-Ahmar weitgehend geschützt. In Städten wie Taiz, einer der Hochburgen des Aufstandes, sind die Demonstranten den Angriffen der Regierungstruppen schutzlos ausgeliefert. Daher starben dort seit der Unterzeichnung des GCC-Abkommens mehrere hundert Menschen.

Die Angst vor einem Bürgerkrieg, der mit dem Zerfall des ohnehin schon brüchigen Staatswesens enden könnte, wächst weiter. Das Land an der Südspitze der Arabischen Halbinsel ist nicht nur konfessionell gespalten, sondern auch durch rivalisierende Clans zerklüftet. Besonders besorgniserregend ist die hohe Zahl von Waffen im Jemen. Weiterhin sind die Probleme der Sezessionsbewegung des Südens und der Houthi-Rebellen bedrohlich. Diesen Gruppen werden erhebliche Zugeständnisse gemacht werden müssen, um sie in neue Staatsstrukturen einbinden zu können.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333